



Nach einem Projektbild der Gegner würde das Gazprom-Hochhaus die Skyline von St. Petersburg massiv verändern. (zvg)

**Russland** Medwedew will keinen Wolkenkratzer in St. Petersburg – zum Wohle des Weltkulturerbes

## Präsidiales Njet zum «Maiskolben»

Gazproms Turmbau zu St. Petersburg hat einen prominenten Gegner erhalten: Präsident Medwedew forderte die Stadtverwaltung auf, sich an die Empfehlungen der Unesco zu halten.

Christian Weisflog, Moskau

Der Protest gegen Gazproms Hochhaus-Projekt ging bislang vorwiegend von einer lokalen Bürgerbewegung aus. Ihre Wut richtete sich vor allem gegen die Stadtregierung und die Gouverneurin Walentina Matwijkeno. Sie hatte die geplante Bauhöhe von 403 Metern im vergangenen Herbst abgesegnet, obwohl die gesetzliche Limite an dieser Stelle 40 Meter beträgt.

Auch der Unesco ist der Wolkenkratzer ein Dorn im Auge. In einer Resolution forderte sie Russland im vergangenen Juni auf, das Bauvorhaben in der Nähe des historischen Zentrums zu stoppen. Ansonsten drohte sie damit, St. Petersburg aus der Liste der Weltkul-

turerben zu streichen. Davon liess sich Gouverneurin Matwijkeno jedoch nicht beeindrucken. Ihre Stadt habe von der Unesco bislang nichts erhalten, und der Titel «Weltkulturerbe» sei lediglich «eine schöne Schleife um den Körper von St. Petersburg», erklärte die Gouverneurin.

### Russlands Image wahren

Der russische Präsident Dmitrij Medwedew, der in St. Petersburg aufwuchs, sieht das nun aber offenbar anders. In einem Brief an Matwijkeno und zahlreiche föderale und lokale Behörden machte er seinen Standpunkt klar. Es sei wichtig, die Empfehlungen der Unesco umzusetzen, um einen konstruktiven Dialog mit der Organisation aufrechtzuerhalten und «Russlands Image nicht zu schaden», heisst es im Brief der Präsidialverwaltung. Alexander Kibowskij, der Leiter des russischen Ministeriums für Kulturschutz, betonte seinerseits: «Der Präsident hat uns einen klaren Auftrag gegeben, die Einhaltung der Unesco-Konvention strikte zu überwachen.»

Die Ermahnung von höchster Stelle dürfte Matwijkeno nun schwer ignorieren können. Allerdings verfügt die Gouverneurin mit Gazprom nach wie vor über einen starken Verbündeten. 2005

hatte Matwijkeno mit dem russischen Energieriesen einen Deal abgeschlossen: Gazprom verlegt den Steuersitz seines Erdölkonzerns Gazprom-Neft von Omsk nach St. Petersburg. Im Gegenzug investiert die Stadt bis 2016 insgesamt 60 Milliarden Rubel (rund 2 Milliarden Dollar) in die Errichtung eines Geschäftszentrums, dessen Eigentümer Gazprom sein sollte.

### Auch Foster dagegen

Doch bereits das Auswahlverfahren für das Bauvorhaben stand unter einem schlechten Stern. Im Dezember 2006 entschied sich eine Jury für das kerzenförmige Hochhaus-Projekt des Londoner Architekturbüros RMJM. Hochkarätige Jury-Mitglieder, darunter der Stararchitekt Norman Foster, zogen sich allerdings schon vorher zurück. Sie sorgten sich um «die aggressive Wirkung eines Hochhauses auf die Skyline der Stadt».

Vor allem Angehörige der Petersburger Intelligenzja schlossen sich dieser Kritik schnell an – darunter bekannte Architekten, Schriftsteller und Museumsdirektoren. Im Volksmund sprach man bald nur noch vom «Maiskolben», vom «Gaskratzer» oder in Anspielung auf die Gebäudehöhe vom «Error 403».

Zunächst versuchten die Verantwortlichen, dem Volkszorn mit etwas Kosmetik die Spitze zu nehmen. Sie änderten den offiziellen Namen des Hochhauses von Gazprom-City auf Ochta-Zentrum. 2007 schliesslich wurde auch die Finanzierung geändert. Nun sollte Gazprom 51 Prozent der Baukosten tragen, die restlichen 49 Prozent die Steuerzahler. Noch ein Jahr später hiess es, die Stadt ziehe sich ganz aus dem Investitionsvorhaben zurück. Später stellte sich jedoch heraus, dass Gazprom die benötigten 60 Milliarden Rubel durch Steuererleichterungen generieren können.

Die Proteste aus der Bevölkerung ebten nicht ab und erreichten für russische Verhältnisse ein beachtliches Ausmass. Im vergangenen Oktober nahmen rund 5000 Demonstranten am «Marsch zur Verteidigung St. Petersburgs» teil. Eine Initiativgruppe strebte seit 2007 zudem die Durchführung eines Referendums an. Doch das Regionalparlament und Gerichte blockierten dieses Anliegen stets. Die Gouverneurin ignorierte die Proteste aus dem Volk bis zuletzt. «Wir müssen die Stadt entwickeln, wir können nicht in einem Museum leben», betonte Matwijkeno. Mit ihrer Position ist sie jedoch zunehmend alleine.

Thailand

## Aufruf zur Versöhnung

Nach dem gewaltsamen Ende der Strassenkämpfe in Bangkok hat Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva sein Land zur Versöhnung aufgerufen.

Abhisit sprach am Freitag in einer Fernseh-Ansprache von einer der «schlimmsten Zeiten» in der thailändischen Geschichte. Die Spaltung im Land sei eine der grössten Herausforderungen, die es zu überwinden gelte. Nun werde alles dafür getan, um schnell zur Normalität zurückzukehren. An die Nation appellierte Abhisit, am «Versöhnungsprozess» teilzunehmen. «Wir sitzen alle im gleichen Boot», sagte er an die Adresse der Regierungsgegner und der verfeindeten elitären Monarchieanhänger.

Er stehe weiter zu einem Anfang des Monats verkündeten Reformplan, sagte Abhisit am Freitag. «Diese Regierung hat die feste Absicht, das Land voranzubringen, die Ordnung wiederherzustellen und die wirtschaftliche Erholung zu sichern.» Der am 3. Mai bekanntgemachte Versöhnungsplan sichert politische Reformen, mehr soziale Gerechtigkeit und die Untersuchung politischer Gewalt zu.

### Schrecklicher Fund in Brandruine

Sämtliche Vorgänge seit Beginn der teils blutigen Proteste Mitte März einschliesslich der Rolle der Sicherheitskräfte würden unabhängig untersucht und transparent gemacht, sagte Abhisit. In der ausgebrannten Ruine des Central-World-Einkaufszentrums zeugte ein schrecklicher Fund von der Gewalt: Gemäss Medienberichten wurden dort zehn Leichen entdeckt. Frustrierte Rothemden hatten das Gebäude am Mittwoch aus Protest gegen die Militäraktion in Brand gesteckt. Es war ausgedehnt und eingestürzt. (afp/reu)

England/Deutschland

## Cameron bei Merkel

Deutschland und Grossbritannien haben eine enge Abstimmung in der Afghanistan-Politik vereinbart. «Hier werden wir in Zukunft sehr eng zusammenarbeiten», sagte Kanzlerin Angela Merkel am Freitag nach dem Antrittsbesuch des britischen Premiers David Cameron in Berlin. Auch wenn es um Sanktionen gegen den Iran wegen des Atomprogramms gehe, wollten beide Länder eng kooperieren. Cameron sagte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz: «Für Afghanistan wird es ein absolut entscheidendes Jahr sein.»

Merkel und Cameron berieten zudem über die Stabilität in der Euro-Zone. «Wir wollen eine starke und stabile Euro-Zone», sagte Cameron. Dies sei im Interesse aller Länder. (dpa)

**USA** Rücktritt des Geheimdienst-Koordinators

## Dennis Blair nimmt den Hut

Der Rücktritt des Koordinators der nationalen Geheimdienste offenbart Spannungen im sicherheitspolitischen Team des Weissen Hauses.

Thomas Spang, Washington

Dem kurzen Telefonat mit Barack Obama folgte eine nicht viel längere schriftliche Erklärung, in der Dennis Blair «mit tiefem Bedauern» seinen Rücktritt mitteilt. Damit kam der pensionierte Admiral seiner Entlassung zuvor, die das Ergebnis wachsender Unzufriedenheit des Präsidenten mit seinem Geheimdienst-Koordinator (DNI) ist. Obama hatte Blair im Gespräch informiert, dass er an eine Neubesetzung denke. Statt bis zur Berufung eines Nachfolgers zu warten, gab Blair nun auf.

Das Fass zum Überlaufen brachte der Untersuchungsbericht des US-Senats zum gescheiterten Anschlag des «Unterhosen-Bombers» von Detroit am Weihnachtstag vergangenen Jahres. Besonders dick bekommt es darin der «National Counterterrorism Center» (NCTC) ab, der die Aufklärung zur Ter-

rorabwehr koordinieren soll und von Blair beaufsichtigt wird. «Der NTSC war nicht angemessen organisiert und hatte seine Ressourcen nicht zur Erfüllung seiner Mission eingesetzt», lautet das vernichtende Fazit.

Geheimdienst-Experten ausserhalb der Regierung werten den Rücktritt als Hinweis auf ein grundsätzliches Problem, das die Reform der 16 Geheimdienste nach dem 11. September in Frage stellt und insbesondere die Position des DNI, der weder über ein eigenes Budget noch ausreichende Autoritäten verfüge, seine erdachte Aufgabe zu erfüllen. «Diese Struktur funktioniert nicht», meint etwa CIA-Veteran Jeffrey Smith. Für diese These spricht, dass in fünf Jahren des Bestehens der Position bereits vier Direktoren das Handtuch warfen.



Überraschender Rücktritt: Dennis Blair, Chef der 16 Geheimdienstbehörden. (ap)

**Schuldenkrise** Deutschland billigt Nothilfe

## Ringen um Euro-Rettung

Deutschland hat als erstes Euro-Land den umstrittenen Nothilfen zur Rettung der Gemeinschaftswährung zugestimmt.

Bundestag und Bundesrat billigten am Freitag den deutschen Anteil am 750-Milliarden-Euro-Paket. Der Euro-Rettungsschirm ist die grösste Hilfsaktion in der Geschichte des Währungsraums. Er soll angewendet werden, falls nach Griechenland ein weiteres Mitglied der Euro-Zone in Schieflage gerät.

Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel erhoffte breite Zustimmung des Parlaments blieb allerdings aus. Für die deutschen Kreditgarantien von bis zu 148 Milliarden Euro stimmten im Bundestag nach turbulenter Sitzung 319 Abgeordnete – sie kamen nur aus den Koalitionsfraktionen. Es gab aber auch zehn Abweichler im Regierungslager. Insgesamt gab es 73 Nein-Stimmen und 195 Enthaltungen. SPD, Grüne und Linke kritisierten, dass die genaue Ausgestaltung der Euro-Notkredite offen sei.

Finanzminister Wolfgang Schäuble verteidigte die von der Opposition be-

mängelte Eile im Gesetzgebungsverfahren. Gerade das Verhalten Deutschlands als grösste Wirtschaftsmacht in Europa werde von den Märkten besonders beobachtet. Erst, wenn ein Vorhaben beschlossen sei, vertrauten die Märkte darauf. Das Hilfspaket sei alternativlos. Die Nothilfen passierten wenig später auch die Länderkammer, den Bundesrat. Merkel warf der Opposition nach der Debatte vor, ihrer europäischen Verantwortung nicht nachgekommen zu sein. Somit liege es nur an den Koalitionsfraktionen, dass ein klares Signal für eine grössere Stabilitätskultur «zu und für Europa» ausgesandt worden sei.

### Drastische Schäuble-Vorschläge

In Brüssel beriet gestern eine Arbeitsgruppe unter Leitung von EU-Ratspräsident Herman van Rompuy über eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes als Lehre aus der Euro-Krise. Beim Treffen stellte Schäuble drastische Vorschläge zur Reform der europäischen Währungsunion vor. Sie wurden durchweg positiv aufgenommen. Schäuble spricht sich dafür aus, die Sanktionen gegen notorische Defizitsünder zu verschärfen, bis hin zur Streichung von EU-Geldern oder dem Entzug von Stimmrechten im EU-Ministerrat. (dpa/afp)

In Kürze

### Schockiert über Urteil

**Genf.** Uno-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay hat die Verurteilung eines homosexuellen Paares in Malawi zu 14 Jahren Gefängnis als «schockierend» bezeichnet. Das Urteil sei «unverhohlen diskriminierend», sagte sie. Das erste schwule Paar, das im afrikanischen Kleinstaat symbolisch geheiratet hat, war am Vortag zu 14 Jahren Haft und Zwangsarbeit verurteilt worden. Damit verhängte das Gericht in der Stadt Blantyre die Höchststrafe. (sda)

### Staatsanwalt erschossen

**Moskau.** In der russischen Kaukasusrepublik Kabardino-Balkarien ist ein hochrangiger russischer Ermittler erschossen worden. Zwei Unbekannte gaben am Donnerstag auf den stellvertretenden Staatsanwalt des Bezirks Baksan mehrere Schüsse ab. Das Opfer sei noch am Tatort in der Stadt Baksan gestorben, teilte die Ermittlungsbehörde am Donnerstagabend mit. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. (afp)